

# „Opposition ist Mist“

**Der SPD-Abgeordnete Rainer Arnold sitzt seit 1998 als Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Der Teckbote stellt den 59-jährigen Sozialdemokraten, der verteidigungspolitischer Sprecher seiner Bundestagsfraktion ist, in einem Interview vor. Die Fragen stellte Antje Dörr.**

*Bei den jüngsten Wahlen in Afghanistan sah es nicht so aus, als habe sich die Demokratie dort schon durchsetzen können. Ist die Mission der deutschen Bundeswehr in Afghanistan gescheitert?*

Die Mission, an der sich insgesamt 42 Staaten beteiligen, ist keineswegs gescheitert. Es geht nicht darum, in



Afghanistan Demokratie genau nach deutschem Vorbild zu realisieren. Die Entwicklungen in Afghanistan sind sehr unterschiedlich. Wir haben in der Region Kundus derzeit tatsächlich erhebliche Sicherheitsprobleme. Gleichzeitig gibt es genauso Regionen im Norden, wo der Aufbau und die Entwicklung des Landes sehr gut vorankommen. Damit der Einsatz erfolgreich beendet werden kann, müssen wir mehr dafür tun, dass die

eigenen Sicherheitsorgane des Landes wie Polizei, Justiz und Militär so ausgebildet werden, dass sie in der Lage sind, die Sicherheitsaufgaben selbst zu übernehmen.

*Sie argumentieren, dass die Bundeswehr unter anderem in Afghanistan sei, um eine Ausbreitung des Terrorismus zu verhindern. Nun unterstützen aber auch andere Staaten den islamistischen Terrorismus. Würde sich Deutschland an einer militärischen Mission gegen den Iran beteiligen?*

Meine Partei wird sich wie schon im Irak nicht an völkerrechtswidrigen Militäreinsätzen beteiligen. Das gilt genauso für den Iran. Ihre Frage suggeriert, der Iran unterstütze die Ausbreitung des Terrorismus. Das

**„Wir sind in Afghanistan weder im Krieg, noch im Frieden“**

Gegenteil ist der Fall, es besteht eine konstruktive Zusammenarbeit. Der Iran hat kein Interesse an einer Destabilisierung der Region. Wir sind in Afghanistan, damit das Land nicht länger Rückzugsraum für Terroristen ist. Wir sind aber auch hier, weil wir in Petersburg den Afghanen unsere Hilfe versprochen haben. Wenn wir jetzt das Land verlassen würden, würden die selbst ernannten Gotteskrieger den Abzug in einen vermeintlichen Sieg über die westliche Welt umdeuten und dem internationalen Terrorismus neue Strahlkraft geben. Das wäre fahrlässig und würde die Sicherheit in allen Industriestaaten, also auch bei uns, gefährden.

*Bei einem von der Bundeswehr einberufenen Luftschlag sind kürzlich auch Zivilisten ums Leben gekommen. Wann geben Sie endlich zu, dass die Bundeswehr sich in Afghanistan im Krieg befindet?*

Deutschland ist rechtlich nicht im Krieg, sonst hätte die Bundeskanz-

lerin den Oberbefehl über die Bundeswehr. Ich gehe mit dem Begriff Krieg nicht spielerisch oder willkürlich um. Mit Krieg verbinden die Menschen ein völlig zerstörtes Land. Das ist in Afghanistan nicht so. Wir sind weder im Krieg noch im Frieden. Im Süden und Osten und um Kundus gibt es weiterhin Kämpfe, in vielen anderen Regionen entwickelt sich aber der zivile Aufbau. Hier kommen wir voran. Leider wird über die Erfolge beim Aufbau von Infrastruktur, Bildungseinrichtungen oder in der Landwirtschaft nicht in dem Maße berichtet, wie über militärische Zwischenfälle.

*Wann zieht sich die Bundeswehr aus Afghanistan zurück?*

Ich kann keine Jahreszahl nennen, weiß aber wohl, dass die westlichen Demokratien einen Einsatz für weitere zehn Jahre nicht durchhalten werden. Deshalb werden wir nach Abschluss des Wahlprozesses in den Distrikten, in denen die Stabilität gegeben ist, den Afghanen selbst die Sicherheitsverantwortung übertragen. Dies wird dann die Aufgaben der deutschen Soldaten so ändern, dass sie sich nur noch auf beratende und technische Aufgaben konzentrieren. Ich weiß, wir werden in Afghanistan den Terror nicht militärisch bezwingen, wir können ihn nur zurückdrängen und gleichzeitig die Afghanen so weit qualifizieren, dass sie mit den Problemen in ihrem Land selbst umgehen können. Das ist der einzig verantwortbare Weg, den Afghanistaneinsatz zu beenden.

*Kommen wir zum Thema Bildung: Was halten Sie von der Einführung der Werkrealschulen in Baden-Württemberg?*

In den Werkrealschulen wird hervorragende pädagogische Arbeit geleistet, aber das Problem wird so nicht gelöst. Die Menschen stimmen mit den Füßen ab und der demografische Wandel verschärft die Situation noch. Unser starres Bildungssystem, das alle Kinder nach der vierten Klasse sortiert, müssen wir überwinden. Und wir müssen mit der Bildungs-Kleinstateerei Schluss machen und mit einheitlichen Schultypen Wechsel zwischen Bundesländern möglich machen.

*Was will die SPD für die Jugendlichen tun, die keine Chance auf dem Ausbildungsmarkt bekommen?*

Wir haben einen Rechtsanspruch auf einen Hauptschulabschluss für junge Menschen erreicht. Ein erfolgreicher Schulabschluss ist die Grundvoraussetzung überhaupt. Weiter werden wir darauf drängen, dass die Wirtschaft ihre Zusagen beim Ausbildungspakt hält. Dort, wo Jugendliche zusätzlich Unterstützung brauchen, werden wir geeignete Angebote machen. In Regionen, in denen die Wirtschaft nicht ausreichend Ausbildungsplätze schaffen kann, muss die öffentliche Seite diese Lücke schließen.

## Rainer Arnold (SPD)

Rainer Arnold wurde am 21. Juni 1950 in Stuttgart geboren. Nach der **mittleren Reife** absolvierte er eine Lehre als **Fermeldemonteur** und studierte später an der **Pädagogischen Hochschule Esslingen**. Nach einem Kontaktstudium Erwachsenenbildung arbeitete er von 1980 bis 1998 als **EDV-Fachbereichsleiter und Leiter der Organisationsabteilung der Volkshochschule Stuttgart**. Währenddessen verdingte er sich als **nebenberuflicher Musiker**.



Fotos: Jean-Luc Jacques

*Die Wahlprognosen lassen vermuten, dass die Sozialdemokraten bisher nicht von der Wirtschaftskrise profitieren können. Warum gelingt es Ihrer Partei nicht, sich als Anwalt der Schwachen, als Partei einer sozialeren Marktwirtschaft zu profilieren?*

Wir sind die Partei, die für sozialen Ausgleich steht, und wir sind auch diejenigen, die jetzt in der Krise Brücken bauen, um Arbeitsplatzabbau zu verhindern. Wir haben aber auch die Schwierigkeit, dass wir in den zurückliegenden Jahren Sozialreformen durchgeführt haben, die auch wehgetan haben. Diese Reformen waren, um die Sozialversicherungssysteme überhaupt erhalten zu können, zwar ohne Alternative, dennoch muss auch immer wieder nachjustiert werden. Die Frage der sozialen Gerechtigkeit treibt mich weiterhin um. Damit die Menschen das Gefühl haben, dass es gerecht zugeht, müssen wir oben wie unten etwas tun. Zum Beispiel wollen wir den Spitzensteuersatz für sehr hohe Einkommen über 250 000 Euro erhöhen und dieses Geld für Bildungsaufgaben verwenden. Wir wollen einen flächendeckenden Mindestlohn einführen und Missbrauch von Leiharbeit begrenzen. All dies ist mit der Union in den letzten Jahren nicht möglich gewesen.

*Warum scheut sich Ihre Partei so sehr davor, die Finanzmärkte stärker zu regulieren?*

Meine Partei scheut sich überhaupt nicht. Im Gegenteil: Finanzminister Peer Steinbrück hat schon vor der Krise international auf stärkere Kontrollregeln gedrängt und er ist auch der Politiker, der entschlossen gegen Steueroasen in der Welt vorgeht. Der G-20-Gipfel in Pittsburg wird jetzt zur Nagelprobe, ob das der internationalen Gemeinschaft endlich gelingt und eine nicht nur Aktien betreffende Transaktionssteuer eingeführt wird. Scheitert dies, müssen wir national eine Börsenumsatzsteuer einführen, um kurzfristige Spekulationen zu begrenzen. Gleichwohl brauchen wir eine Stärkung der Verbraucherrechte bezüglich Finanzprodukten. Schwarz-Gelb will im Übrigen diesen Weg nicht gehen.

*Die Sozialdemokraten haben auch schon mal besser ausgesehen. Wäre es für Ihre Partei nicht besser, wenn sie sich nach der Bundestagswahl für vier Jahre in die Opposition zurückziehen dürfte, um sich dort ein wenig zu sammeln?*

Um es mit den Worten meines Parteivorsitzenden zu sagen: Opposition ist Mist. Mir geht es nicht darum, gut auszusehen, sondern

etwas zu erreichen und umzusetzen. Das geht nur in der Regierung. In der Opposition kann man zwar Recht haben aber nicht Recht bekommen.

*Wann sind die Sozialdemokraten bereit für ein Bündnis mit der Linkspartei?*

Wenn die Linkspartei in der Wirklichkeit angekommen ist und von fantastischen Sozialversprechungen von über 100 Milliarden Euro abrückt und begreift, dass man sich international nicht einfach wegducken kann. Wir haben Interessen und Rechte zu wahren und dazu gehört es auch, Pflichten zu übernehmen. Wer wie die Linkspartei die Menschen in Afghanistan im Stich lassen will, den Lissabon-Prozess in Europa blockiert, schert aus der Solidarität der Staatengemeinschaft aus. Wer glaubt, Deutschland kann sich international isolieren, wird großen Schaden anrichten. Da sehe ich keine Basis für eine Zusammenarbeit.

**„Wir sind die Partei, die für sozialen Ausgleich steht“**

*Wenn man sich die Umfragerewerte ihrer Partei anschaut, dann scheint es, als sei Ihr persönlicher Wiedereinzug in den deutschen Bundestag noch nicht gesichert. Wie könnte das Leben „danach“ aussehen?*

Zunächst kämpfe ich um jede Stimme, auch um jede Erststimme, und freue mich auf Zuspruch auch von politisch Andersdenkenden. Wenn es nicht reichen sollte, würde ich mir eine kurze Auszeit nehmen und ein Buch über die Macht der Beamten und der Ministerialbürokratie in unserem Land schreiben. Danach müsste ich sehen, ob ein 59-Jähriger mit breit angelegten Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt noch eine Chance hat.

Er ist **verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion** und seit 2004 **Mitglied im Fraktionsvorstand**. Seine Fraktion vertritt der Sozialdemokrat als **ordentliches Mitglied des Verteidigungsausschusses**. Außerdem ist er **stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Gemeinsamen Ausschuss**.

Rainer Arnold ist **verheiratet** mit Margit Arnold und hat **einen Sohn**.